

Carola Schaaf-Derichs

---

### **Viel vorgenommen – jetzt heißt es „dran halten und liefern“**

Ein engagementpolitischer Kommentar zu den Berliner Koalitionsvereinbarungen 2016 - 2021

Die am 18. September 2016 gewählte Rot-Rot-Grün- (kurz: R2G-) Regierung hat sich für ihre Koalitionsvereinbarung ausreichend Zeit genommen, um ein in sich konsistentes Werk von 190 Seiten noch im Dezember 2016 vorzustellen (<https://www.spd.berlin/w/files/wahl2016/161116-koalitionsvertrag-final.pdf>).

Seither warten viele mit wachsender Spannung auf erste Schritte und Kontakte. So auch der Sektor des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin. Allein über 100 Neugierige kamen am 18.01.2017 zum Neujahresempfang des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin und der Landesfreiwilligenagentur Berlin, um erste Eindrücke im unmittelbaren Kontakt aufzunehmen (<http://zivilgesellschaft.berlin/jahresempfang-landesnetzwerk-2017/>).

Doch noch scheint es nicht an der Zeit zu sein, um von den überwiegend verheißungsvollen Ankündigungen des Koalitionsvertrages auch erste Überträge in eine Umsetzung politischer Schritte zu erfahren. Als Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und für Internationales, lokalisiert in der Senatskanzlei, hat sich Frau Sawsan Chebli vorgestellt und ihre Tatkraft für den Zusammenhalt in der zunehmend divergierenden Gesellschaft unserer wachsenden Stadt Berlin unterstrichen.

Hier sollen daher noch aus dem schriftlich formulierten politischen Koalitionswillen die wichtigsten Aspekte für die Engagementpolitik in Berlin vorgestellt und kurz diskutiert werden.

#### **1. Beitrag der Bürger\*innen: so wichtig wie noch nie zuvor**

Offensichtlich sind „Lehren“ aus den gesellschaftlich problematischen Abläufen und Überforderungssituationen des Sommers und Herbstes 2015 im Zuge des Ankommens und der Aufnahme der vielen Menschen aus Flucht- und Migrationssituationen gezogen worden. Denn die „Gemeinsamkeit“ zwischen Regierenden und Politik wird an sehr vielen Stellen und in jedem Ressort beschworen. Sei es die Bürger\*innenbeteiligung in der Planungskultur der Stadtentwicklung, sei es der Bürger\*innenhaushalt in der Haushalts- und Finanzpolitik, sei es bei der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts: „Ehrenamt fördern und vor Ort stärken“ – und noch an vielen Stellen mehr. Auf die Spitze treibt es dann eine widersprüchliche Formulierung am Schluss, vielleicht auch Ausdruck eines tieferliegenden Dissenses in der

R2G-Koalition, mit der diese sich plakativ „zu einer Politik des guten, also bürgernahen, partizipativen und solidarischen Regierens“ verpflichtet (S. 180, Z. 4 - 6). Die Balance auf „gleicher Augenhöhe“ zwischen politischer Teilhabe und Regieren, bürgernah und solidarisch, scheint noch längst nicht ausverhandelt, in der Koalition wie im Lande. Es kann spannend werden in Berlin in den nächsten fünf Jahren.

## **2. Engagementstrukturen organisieren und auf-/ausbauen**

Sehr dezidiert spricht sich diese Koalitionsvereinbarung für eine „flächendeckende, systematische, infrastrukturelle Förderung und Finanzierung der Freiwilligenarbeit in Form bezirklicher Freiwilligenagenturen sowie Netzwerke von Stadtteilzentren und anderen Akteuren“ aus, gemeinsam mit den Bezirken (S. 97, Z. 234 - 237).

Für die Freiwilligenagenturen, die LAGFA und die Landesfreiwilligenagentur Berlin sowie das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin werden damit alte Forderungen aufgegriffen und darüber hinaus auch eine politische Strukturierung thematisiert. Diese gipfelt in der Installation neuer Strukturen vor Ort: „bezirkliche Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement“. Damit könnten Bürger\*innen, aber auch neue Akteursgruppen und Netzwerke eine Adresse im Bezirk bekommen, wie es bis dato nur im Falle des Ehrenamtsbüros im Bezirk Tempelhof-Schöneberg umfassend war. Von diesem „Modell“ könnte die Position einer Stabsstelle bei der\*m Bürgermeister\*in übertragen werden, die sich für eine zivilgesellschaftliche Kooperation und Beteiligung sehr bewährt zu haben scheint.

Ausgangspunkt für dieses Gesamtvorhaben infrastruktureller Förderung sind derzeit vier bezirkliche Freiwilligenagenturen mit angemessener hauptamtlicher Ausstattung. Es wird also vor allem auf die neuen Köpfe in den Bezirken ankommen, ob und wie dieses Vorhaben Gestalt annimmt und Berlin endlich das wichtige Netzwerk der Freiwilligenagenturen in allen Bezirken erschafft.

Alle weiteren im Koalitionsvertrag gewünschten Entwicklungen bürgerschaftlichen Engagements werden nur hierauf fußend vorstellbar, so meine persönliche Prognose. Sie hängen maßgeblich von einer verlässlich funktionierenden, einer landesweiten, bezirks-, verbands- und trägerübergreifenden „Aufbaustruktur für bürgerschaftliches Engagement“ ab, wie sie im Kern die Freiwilligenagenturen einschließlich der Landesfreiwilligenagentur Berlin, deren Vernetzungen untereinander wie auch im Fachnetzwerk LAGFA bereits darstellen. So kann das „substanzielle System“ für ein starkes bürgerschaftliches Engagement wie auch für eine belastbare „Resilienz-Struktur“ im gesellschaftlichen Krisen- und Katastrophenfall, wie wir ihn im Herbst 2015 erlebt hatten, aufgebaut werden.

## **3. Ein Prozess-Modell des demokratischen - bürgerschaftlichen Engagements wagen**

Hier eine Sammlung von Aussagen zur Kooperation zwischen Politik und der Bürger\*innengesellschaft:

- Die Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement soll im Dialog weiterentwickelt werden (S. 97, Z. 228 - 232).
- Die Koalition erarbeitet in einem partizipativen und ressortübergreifenden Prozess eine Engagementstrategie als einen Baustein zur Stärkung des Netzwerkes des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements (S. 97, Z. 237 - 239).
- Die Koalition wird die Beteiligung der Berliner\*innen auf allen Ebenen stärken und die Transparenz von Entscheidungsprozessen erhöhen. Zwischen bürger\*innenschaftlichem Engagement, sozialer Integration und Partizipation besteht ein enger Zusammenhang. (S. 174, Z. 1 - 9).

Dies sind einesteils großartige Demokratie entwickelnde Chancen, die hier in Aussicht gestellt werden. Andererseits steht zu fürchten, dass gerade ihre Umsetzung an der normativen Kraft des Faktischen im täglichen Regieren eher auf hinteren Prioritätspositionen stehen könnten. Außerdem wird ein spezifischer Querverweis im Vertragswerk immer dann gegeben, wenn es um die Umsetzung geht: „Auf der Internetplattform „mein berlin“ werden künftig alle Bürger\*innenbeteiligungsprozesse im Land Berlin gebündelt“ (S. 174, Z. 18 - 25).

Auch wenn der erläuternde Text vor allem auf Planungsprozesse in der Stadtentwicklung verweist, so besteht doch die Gefahr, dass mit einer reinen Online-Strategie die Akteure als Stakeholder nicht umfassend und Teilhabe-ehrlich mitgenommen werden.

Berlin weist seit dem Herbst 2015 auch eine Vielzahl neuer Netzwerke von Engagierten vorwiegend aus dem Engagementfeld Geflüchtete auf. Nach unserem Einblick gibt es hier unterschiedliche Erfahrungen mit staatlichem Agieren und daher auch andere Ziele als nur Partizipation. Eine Engagementstrategie sollte daher einladende und klärende Kommunikationsverbindungen zu den Akteursgruppen zugrunde legen, sodann gemeinsam Methoden und Verständigungswege über Ziele und Notwendigkeiten erarbeiten, die das bürgerschaftliche Engagement in Berlin insgesamt stärken. Das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin, das bereits einen Zusammenschluss von über 80 assoziationswilligen Freiwilligenorganisationen und -verbänden ausmacht, wäre hier als Ausgangspunkt zu empfehlen. Denn auch hier gilt: Alle Zusammenarbeit und aller Austausch im Sinne einer Engagementstrategie erhalten ihre Bedeutung nur durch die freiwilligen und diskursiven Beiträge der Versammelten. „Abnicken“ oder online „voten“ greifen hier als Methode deutlich zu kurz.

Die Landesfreiwilligenagentur Berlin hat seit dem Jahr 2015 einen „Rat der Engagement-Netzwerke“ einberufen, der sich mit diesen Fragen eines sinnvollen und für die Akteure wünschenswerten und machbaren Vorgehens (Systematische Förderung der Freiwilligenagenturen, Wege einer Engagementstrategie, Beteiligungs-Verfahren) bereits beschäftigt. Anfang März werden die ersten Ergebnisse auf [www.zivilgesellschaft.berlin](http://www.zivilgesellschaft.berlin) vorgestellt.

#### **4. Governance statt Steuerungsmodell**

Wenn die Berliner Engagement-Szenerie also in toto mitgenommen werden soll, wenn es gilt, haupt- und ehrenamtlich für die Bürger\*innengesellschaft Arbeitende zu Beteiligten zu machen, dann sollte sich ein Kooperations-Modell empfehlen, mit dem Berlin bereits früher gute Erfahrungen und Ergebnisse, vor allem unglaublich viele Synergien erzielen konnte: die Zivilgesellschaft als Partnerin einplanen, vor allem bei Entwicklungs- und Steuerungsprozessen. So entstand z. B. der Berliner FreiwilligenPass, indem Vertreter\*innen aus Staat und der Zivilgesellschaft in einem eins-zu-eins besetzten Gremium mit ergebnis-offenen Vorgehensweisen, gut moderiert und dokumentiert dieses Instrument mit allen Inhalts- und Verfahrensfragen entwickelt hatte. Seit 2016 setzt auch die Landesfreiwilligenagentur Berlin ein „Beratungsforum Engagement für Geflüchtete“ als Austausch- und Bündelungsinstrument um, das sie mit dem LAF (Landesamt für Flüchtlingsfragen) kollegial und verantwortlich entwickelt.

Weitere Modelle für eine partnerschaftliche Kooperation sollten also in Berlin – vor allem für die Entwicklung der Engagementstrategie – eingesetzt werden. Und das von neutralen Veranstaltern, die gemeinsam ausgesucht werden. Warum also nicht eine „Engagement-Bilanz“ jedes Jahr gemeinsam zwischen Staat und Zivilgesellschaft erstellen? Warum nicht ein Engagement-Monitoring, das Ausblick auf gesellschaftliche Zukunftsszenarien nimmt? Hier – in der Strategie- und Netzwerk-Entwicklung – sehe ich die wahren Werte einer Engagement-Strategie, die als Kommunikations- und Kooperationskultur auch über den Abschluss der Verfahren erhalten bleiben und das Vertrauen in die jeweiligen Partner untermauert.

#### **5. Engagementkultur – über den Tellerrand hinaus**

Erfreulicherweise wurden zwei für die Stadt geschaffene Großereignisse, der Berliner Stiftungstag und die Berliner Freiwilligenbörse, ebenfalls explizit erwähnt. Beide bestehen bereits seit über 10 Jahren und gehören nun zum festen Jahres-Programm, ebenso wie der Neustifter-Empfang und der Preis für engagierte Unternehmen. Als erste Entscheidung entkoppelte die neue Staatssekretärin Chebli die verordnete Terminierung dieser Events – sehr zur Freude aller Akteure, womit eine differenzierte öffentliche Wahrnehmung der Ereignisse befördert wird.

Ein Jahres-Engagement-Kalender, wie ihn die Landesfreiwilligenagentur Berlin ausgibt, weist noch viel mehr aus. Vielfalt als Problem? Oder als Chance? Wir haben uns für die „Chance“ entschieden, d.h. dass die vielfältigen Akteure alle ihre gut verteilten Events in der Stadt haben wollen und haben können, und so die Vielfalt auch gut sichtbar und hörbar werden kann. Gemeinsamkeiten entstehen ohnehin beim Netzwerken oder im offenen Diskurs.

#### **6. Was werden die „Engagement-Netzwerke“ noch beitragen?**

Das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin tauscht sich seit fast einem Jahr in einem Qualitätszirkel mit dem Aktivoli Landesnetzwerk Hamburg aus. Beide gewinnen daraus vie-

lerlei Erkenntnisse über die Wirkung ihrer Netzwerkarbeit und ihrer -politiken in den jeweiligen Stadtstaaten. Tendenziell soll dieser Kreis erweitert werden. Eine entsprechende Fachtagung von Landesnetzwerken wurde mehrfach angeregt und soll mit Unterstützung durch das BBE, und m. E. mit einem eigenen „Steering Committee“, noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Ebenso eine Fachtagung auf Bund-Länder-Ebene unter Beteiligung der Landesnetzwerke. Schließlich erscheint gerade in diesen Zeiten weltweiterer Veränderungen eine Stabilisierung der Rolle und Aufgabe von Engagement-Strukturen als besonders wertvoll und dringend notwendig.

Vielerorts wird in Reden derzeit auf eine agile und selbstbewusste Bürgergesellschaft gesetzt, auch in den Berliner Koalitionsvereinbarungen. Der Weg dorthin liegt in einer dazu entschlossenen Politik, und er muss jetzt gegangen werden.

### **Autorin**

**Carola Schaaf-Derichs** ist Geschäftsführerin der Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. sowie des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin und Mitglied im SprecherInnenrat des BBE.

**Kontakt:** [schaaf-derichs@freiwillig.info](mailto:schaaf-derichs@freiwillig.info)

### **Redaktion**

#### **BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)